

Im Mittelpunkt der Kreistagssitzung vom 12. März 2010 stand die Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2010.

Wir Kreisräte der Linken haben in der Haushaltsrede insbesondere die Sozialleistungen kritisiert. Wir sind der Meinung, dass in folgenden Punkten die Zielstellungen im Haushalt nicht ausreichen, um im Landkreis 2010 und darüber hinaus bis 2013 die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu meistern:

- die Erhaltung von Arbeitsplätzen bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze, ab 2011 werden bereits geplante Investitionen nicht getätigt werden können, da dazu das Geld fehlt, wie z.B. Straßenbaumaßnahmen. Daraus ergibt sich, dass durch fehlende Investitionen auch Arbeitsplätze gerade in Klein- und Mittelbetrieben gefährdet sind;

- der Ausbau der Schulen des Landkreises in Ganztagschulen mit einem kostenlosen warmen Mittagessen für alle Kinder;

- im Haushalt 2010 sind weitaus mehr finanzielle Mittel für die Jugendhilfe bereit zu stellen, als 2009, das wurde als ein alarmierendes Signal gewertet, jedoch finanzielle Mittel für Präventionsmaßnahmen sind überhaupt nicht berücksichtigt.

Wir gehen davon aus, dass für eine gezielte Prävention auch die Gemeinden konkrete Unterstützung vom Landkreis brauchen.

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne hat einen Antrag zur Stärkung des Bereiches Jugendhilfe des Landratsamtes um nochmals eine halbe Planstelle gestellt. Dieser Antrag wurde mit 48 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Kritik in den anderen Fraktionen (außer CSU) gab es zur Erhöhung des Hebesatzes der Gemeinden von 45 auf 46 %. Die Fraktionen vertraten die Auffassung, dass das 2010 nicht nötig wäre, der Landkreis auch ohne Erhöhung seine Aufgaben absichern könne.

Wir Linken kritisierten besonders die geplante Erhöhung von 2012 (47 %) auf 2013 (49 %).

Diese Erhöhung von 2 % stellt eine enorme Kraftanstrengung für die Gemeinden dar, zumal die Auswirkungen der Krise auch in 2013 noch zu spüren sind.

Weitere Kritik gab es dahingehend, dass im Landkreis der Einsatz von erneuerbaren Energien keine Rolle spielt und natürlich auch im Haushalt keinerlei Planung darüber erfolgt.

Wir fordern hier ein langfristiges Energiekonzept, wie die Atomkraft schrittweise durch erneuerbare Energien ausgetauscht werden soll.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Haushalt 2010 zwar das, was gesetzlich bei den Sozialleistungen vorgeschrieben ist, auch absichert. Aber auch nur das und keinerlei Maßnahmen darüber hinaus.

Wir Linke werden in der Kommunalarbeit 2010 hier besonders ansetzen und über entsprechende Anträge versuchen, im sozialen Bereich mehr für unsere Bürger zu erreichen.

Die Arbeitslosenrate von 4,1 %, wie sie Herr Landrat Leitherer erläutert hat, hört sich zwar erst mal recht beruhigend an, ist aber nur die halbe Wahrheit, weil in dieser Zahl lange nicht alle, die auch arbeitslos sind, erfasst sind.

Alle diese kritisierten Punkte waren es schließlich, die uns als Linke gegen den Haushalt 2010 stimmen ließen.